



© Marie Laubenthal

„Unsere liberalen Demokratien wissen sehr wohl um die Bedeutung des charismatischen Führers“

» Ist Populismus nur ein Schlagwort? Catherine Colliot-Thélène, Philosophin und Professorin an der Universität Rennes 1, spricht sich dafür aus, den Begriff differenziert zu nutzen. Während der deutsch-französischen Kulturgespräche 2018 sprach sie über die Gefahren, die von populistischen Bewegungen und Parteien für die europäischen Demokratien entstehen. Das Interview führte Marie Laubenthal.

Die letzten Europawahlen im Jahr 2014 waren von einer Welle populistischer und europafeindlicher Parteien geprägt. Vor allem der Front National in Frankreich konnte viele Wählerstimmen hinter sich versammeln. Was erwarten Sie im Hinblick auf die Europawahlen 2019?

Das lässt sich im Moment schwer voraussagen. In Deutschland befürchte ich, dass die Tatsache, dass die AFD auf nationaler Ebene erhebliche Unterstützung gefunden hat, Auswirkungen auf die Europawahlen haben wird. In Frankreich scheinen Journalisten, Politiker und Analysten, sobald die Gefahr vorüber ist, den steigenden Rückhalt rechtsextremer Parteien bei der Wahl umgehend wieder zu vergessen. Dies war nach den Präsidentschaftswahlen 2017 der Fall, und bei den Regionalwahlen zwei Jahre zuvor. Dabei wächst der Rückhalt, den rechtsextreme Parteien bei den Wählern genießen, seit zwei Jahrzehnten stetig an.

Was sind denn die Auslöser für diesen Erfolg?

Die Ursachen für den Erfolg der extremen Rechten in Europa sind vielfältig und unterscheiden sich je nach sozialer Schicht. Aber es gibt vor allem zwei Hauptgründe: Erstens die weit verbreitete grundsätzliche Unzufriedenheit aufgrund von Prekarisierung und sozialer Deklassierung. Und zweitens, der Migrationsdruck. Ich glaube nicht, dass Emmanuel Macron mit seiner aktuellen Politik, die dazu neigt, die Unsicherheit und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zu verstärken, bis 2019 Zeit haben wird, ihren möglichen Nutzen zu demonstrieren. Was die Einwanderung betrifft, so wissen wir, dass diese weiter anhalten wird.

Die gegenwärtige französische Regierung scheint die extreme Rechte teilweise aus eigener Kraft schlagen zu wollen, indem sie eine repressive Politik betreibt. Sie können jedoch niemals repressiv genug sein, um die Wähler der Nationalen Front zufrieden zu stellen. Deshalb bin ich für 2019 eher pessimistisch; hoffe aber, ich liege mit dieser Einschätzung falsch.

Sie haben im Rahmen der deutsch-französischen Kulturgespräche 2018 in Freiburg über den populistischen Aufstieg in Europa gesprochen. Während der Diskussion forderten Sie die Dekonstruktion des Begriffs „Populismus“. Was wäre Ihrer Meinung nach ein geeigneter Begriff, um dieses Phänomen zu beschreiben?

Das kann ich nicht wirklich beantworten. Ich denke, dass wir den Begriff nicht vermeiden können, denn er gehört heute zum journalistischen Vokabular und wir verstehen, wer die Parteien und Bewegungen sind, auf die der Begriff abzielt.

Der Begriff wird heute immer häufiger verwendet um rechtsextreme Parteien zu bezeichnen; also Parteien, die einen identitären Nationalismus vertreten und offen fremdenfeindlich sind. Und andererseits gibt es eine eher generalisierende Anwendung des Begriffs Populismus, der auch auf Parteien wie Podemos, Syriza oder Mélenchons Partei in Frankreich angewendet wird. Sobald der Begriff Populismus so breit angewendet wird, gehen die Kriterien dafür verloren, was ihn eigentlich kennzeichnet. Denn das einzig Gemeinsame ist dann, dass es sich um Parteien handelt, die sich außerhalb des politischen Rahmens entwickelt haben, an den wir seit mehreren Jahrzehnten gewöhnt sind. Ich kann also keinen anderen Begriff anbieten. Ich habe Einwände, wenn man versucht, die Idee des Populismus theoretisch zu beschreiben. Im normalen Sprachgebrauch sollte er einfach je nach Kontext differenziert eingesetzt werden.

Bei den letzten Wahlen in Ungarn, Polen oder der Türkei wurden populistische Strategien zur Legitimierung autoritärer Regime genutzt. Was sind aus Sicht der Wähler und Wählerinnen die Hauptvorteile von Führungskräften wie Orbán oder Erdogan?

Ich würde die Türkei nicht in denselben Kontext rücken, weil das anderer Erklärungen bedarf. Was Polen und Ungarn betrifft, handelt es sich um Länder, deren Geschichte seit 1945 einige Gemeinsamkeiten aufweist. Im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich oder Spanien sind dies Länder mit einer weitgehend homogenen Bevölkerung. Seit dem Ersten Weltkrieg sind sie es nicht gewohnt, mit Ausländern zu leben – während es in Deutschland Zuwanderung aus der Türkei gab, in Frankreich aus dem Maghreb. Der zweite Grund ist, dass das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit unter dem Einfluss des Sowjetregimes zerstört wurde und immer wieder Demütigungen ausgesetzt war. Es gibt also ein sehr starkes nationalistisches Gefühl in diesen Ländern, das uns nicht überraschen sollte. Es gibt ein drittes Element: Die Länder, die Teil der UdSSR waren, haben keine Tradition der Rechtsstaatlichkeit.

Sicherlich gab es Forderungen nach Freiheiten gegen das Sowjetregime, doch ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Verbindung zur Kultur der liberalen Demokratie.

Als Forscherin haben Sie vor allem zum Denken des deutschen Soziologen Max Weber gearbeitet. Er unterscheidet drei Arten der Herrschaft, darunter die charismatische Führung. Mit Blick auf den Populismus in Europa scheint es so, als ob sich die Wähler mehr von der Persönlichkeit eines Politikers als von rationalen, logischen und sogar bürokratischen Entscheidungen verführen lassen. Wie erklären Sie diese starke Bindung an die Person und nicht an das Programm, für das die Personen stehen?

Unsere Demokratien, auch unsere liberalen Demokratien, wissen sehr wohl um die Bedeutung der politischen Führungspersönlichkeit. De Gaulle war dafür ein Beispiel. Um ihn herum benutzten einige den Weber'schen Ausdruck des „charismatischen Führers“. Der Platz für einen charismatischen Führer ist in gewisser Weise in der französischen Verfassung von 1958 verankert, und bei jeder Präsidentschaftswahl scheint dieses Konzept – die Bedeutung einer charismatischen politischen Führungskraft – wieder auf. Emotional funktioniert es je nach Situation mehr oder weniger gut. Von François Hollande lässt sich kaum behaupten, dass er ein charismatischer Führer war. Mit Blick auf Emmanuel Macron kann man das diskutieren. Es handelt sich also nicht um ein spezifisches Phänomen autoritärer Regierungen.

Aber in Fällen wie Ungarn oder der Türkei gibt es auch eher traditionelle Phänomene der Aneignung politischer Macht durch den Führer einer Partei. Dort wird versucht, die Gegner zu neutralisieren, sie daran zu hindern, sich zu manifestieren, insbesondere durch ihre Verurteilung. Und das bedeutet nicht unbedingt, dass der betreffende politische Chef eine charismatische politische Führungsperson ist.

Aber ist eine Politik, die sich so sehr auf einen einzigen Führer konzentriert, eine notwendige Antwort auf den Willen des Volkes oder ist sie eine Bedrohung für die Demokratie?

Menschen, die ein radikales Demokratiekonzept verteidigen, sind äußerst misstrauisch gegenüber der persönlichen Macht. Sie sehen die Gefahr darin, dass politische Führungspersonen ihr Charisma nur instrumentalisieren, um sich die Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern. Als Max Weber von der „plebiszitären Demokratie“ sprach, ging es ihm darum, der Bürokratie entgegenzuwirken. Er sah darin einen Weg, Bürokratie- und Parteiapparate zu umgehen. Denn die Wähler und die Basis der politischen Parteien hatten eigentlich kein Mitspracherecht mehr bei der Wahl der Führer oder Kandidaten für die verschiedenen Positionen. Es ging ihm also darum, die Macht an die Basis zurückzugeben.

Weber wollte mit diesem Konzept die Apparate umgehen – indem eine charismatische politische Führung die Massen direkt begeistert und mobilisiert. Doch er war sich der demagogischen Dimension des Phänomens bewusst. Darüber hinaus stellte er fest, dass keine Art von politischer Regierung ohne Demagogie auskommt. Weber beschreibt für den „charismatischen Führer“ einen demokratischen Rahmen und möchte ihn von einer ganzen Reihe von Institutionen umrahmt wissen, darunter ein Parlament mit den Mitteln, um durch parlamentarische Ausschüsse, Pressefreiheit und so weiter wirklichen Einfluss und Kontrolle über die Regierungspolitik auszuüben. In Webers Definition hat charismatische Führung eine demokratische Dimension und richtet sich nicht gegen demokratische Institutionen – es ist ganz anders, wenn Regierungen die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz angreifen, wie heute in Polen.

Peuples et populisme von Catherine Colliot-Thélène und Florent Guénard erschien 2014 bei PUF.